



An den  
Rat der Stadt Bergisch Gladbach  
BM-13 Anregungen und Beschwerden  
Postfach 20 09 20  
51439 Bergisch Gladbach

Bergisch Gladbach, 27.05.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Frank Stein,  
anbei übersenden wir Ihnen eine Anregung gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW für den Ausschuss Anregungen & Beschwerden des Stadtrats Bergisch Gladbach:  
Der Rat der Stadt Overath setzte am 20.03.2024 ein Zeichen gegen Rassismus, für Menschenrechte und für Demokratie. Auf gemeinsamen Antrag aller Fraktionen wurde in der Sitzung die folgende fast wortgleiche Resolution einstimmig beschlossen.  
Wir haben lediglich „Overath“ durch „Bergisch Gladbach“ ersetzt und den Punkt Beitritt zum Bündnis ergänzt. Außerdem wurde aus aktuellem Anlass an zwei Stellen der Begriff „Antisemitismus“ eingefügt.  
Wir bitten den Rat der Stadt Bergisch Gladbach mit diesem **Bürgerantrag** auf, folgendes zu beschließen:

## **Resolution zu Menschenrechten und Demokratie**

**Artikel 1 (1) Grundgesetz** lautet: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Der **Rat der Stadt Bergisch Gladbach** setzt sich für eine bunte, diverse, eine tolerante, pluralistische und für eine offene Gesellschaft ein.

Unser **Stadtbild** ist geprägt von Menschen unterschiedlichster Herkunft, sexueller Orientierung, Kultur und Glaubensrichtungen.

Im **Alltag** begegnen wir uns in verschiedensten Situationen und Konstellationen. Mal sind wir Familie und Freund:innen, mal Kolleg:innen, Zufallsbekanntschaften oder auch (erst mal) Fremde.

In unserer **Gesellschaft** sind Toleranz, Menschlichkeit und respektvoller Umgang miteinander die Grundlagen und Bedingungen unseres Zusammenlebens. Nicht toleriert werden da- gegen Menschenfeindlichkeit, Ausgrenzung und Hass, egal ob gegen Einzelne oder Gruppen gerichtet.

**Menschen** anzufeinden, sie zu diskriminieren oder ihnen mit Rassismus zu begegnen - ob auf der Straße, im Geschäft, in der Schule oder im Kindergarten, an Bushaltestellen oder in Bahnen - ist inakzeptabel und dem wird entschieden entgegengetreten.

Ebenso werden Bestrebungen, Menschen zu vertreiben und die Gesellschaft zu spalten, von uns nicht toleriert.

Die **Grundlagen unserer Demokratie** sowie die Haltungen und Werte, die sich daraus ergeben, sind schützenswert und müssen geschützt werden. Dies ist eine Aufgabe, die uns alle fordert, und die uns au8ordert, aktiv gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung aufzustehen und vorzugehen.

Dass **diese Aufgabe** immer mehr Menschen bewusst wird und in Aktion umgesetzt wird, zeigen die hunderttausende von Menschen, die in vielen Städten und Orten zusammenkommen und für Demokratie und gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus zusammenstehen und sich den extremen Kräften energisch entgegenstellen.

**Demokratie ist der Weg**, der sowohl vom Austausch als auch der Auseinandersetzung lebt.

Eine tolerante Gesellschaft ist einerseits stark im Zusammenhalt und Aushalten anderer Meinungen. Sie ist andererseits aber auch stark im Abgrenzen und Grenzen setzen gegenüber extremistischen Tendenzen und Strukturen, die die Menschlichkeit und unsere Verfassung mit Füßen treten wollen.

Der **Rat der Stadt Bergisch Gladbach** bezieht eindeutig Stellung gegen jede Form der Diskriminierung von Menschen, der Verbreitung extremistischen Gedankenguts und extremistischer Parolen. Der Rat bezieht eindeutig Stellung gegen alle Bestrebungen, die Verfassung zu untergraben und die Gesellschaft zu spalten.

Der **Rat der Stadt Bergisch Gladbach** bezieht eindeutig Stellung für Offenheit, Vielfalt, Toleranz und Respekt.

Der **Rat der Stadt Bergisch Gladbach** tritt dem „**Bündnis gegen Rassismus und für Vielfalt**“ (**Initiative des Integrationsrats Bergisch Gladbach**) als Mitglied bei und wird dort durch die/den Bürgermeister\*in vertreten.

### **Begründung der Antragsteller\*in** (*nicht teil des Bergerantrags und Beschlusses*):

Am 23.05.2024 wurde auf Initiative des Integrationsrats der Stadt Bergisch Gladbach von 23 Organisationen ein „**Bündnis gegen Rassismus und für Vielfalt**“ gegründet,

In der öffentlichen Vorlage des Integrationsrats heißt es zu der Frage, warum sich die Stadt Bergisch Gladbach nicht an diesem beteiligen will: „Da die Stadt Bergisch Gladbach dem Neutralitätsgebot verpflichtet ist, wurde im Vorfeld intern abgestimmt, ob sie Mitglied des Bündnisses „Bündnis gegen Rassismus und für Vielfalt“ werden soll oder nicht. Obwohl das Bündnis seitens der Politik durchaus wohlwollend betrachtet wird, wurde eine formale Mitgliedschaft der Stadt mit dem Argument nicht befürwortet, dies würde insbesondere nicht zu einem bürgerschaftlichen Bündnis passen.“

In unseren Augen wird das „**Neutralitätsgebot**“ vom Ältestenrat des Stadtrats **vorgeschoben**, denn es gilt nicht für den Ältestenrat als parlamentarisches Gremium, sondern nur für die Verwaltung in der Funktion als Exekutive. Auch wenn im Kommunalrecht Stadtrat und Verwaltung „quasi“ ineinander übergehen, sind der Stadtrat und damit auch seine Ausschüsse eindeutig politische Gremien.

Dass der Bürgermeister dann doch Schirmherr des Bündnis ist, auch wenn er bei der Gründung nicht dabei war, zeigt den offenkundigen Widerspruch, der kaum noch größer sein kann. Die Auslegung des Neutralitätsgebots durch den Ältestenrat widerspricht auch

demokratischen Prinzipien und den demokratischen Zielen unserer Verfassung.

Der Stadtrat und seine Gremien sind nicht zur Neutralität verpflichtet, sondern sogar moralisch verpflichtet eine Meinung zu sagen und die Interessen ihrer Wähler\*innen zu vertreten. Das bringt der Stadtrat auch regelmässig zum Ausdruck und wird von der Stadt in zahlreichen Mitgliedschaften dokumentiert.

Selbst wenn Bürgermeister\*innen nicht als politische Menschen, sondern als Chef der Verwaltung fungieren, ist sie oder er und nie „politisch neutral“. So sagt es auch die übliche Rechtsprechung. Darüber hinaus ist sie oder er der demokratischen Verfassung verpflichtet. Auch das ist unstrittig und wird allgemein auch nicht mit einem vorgeschobenen Verweis auf ein angebliches Neutralitätsgebot bestritten.

### **Schaden für den demokratischen Rechtsstaat und politische Glaubwürdigkeit**

Warum ausgerechnet bei einem lokalen Bündnis eine Mitgliedschaft abgelehnt wird, entzieht sich unsere Verständnis und ist in unseren Augen ein Skandal, der unserer gemeinsamen demokratischen Verfassung schadet.

Wir würden uns freuen, wenn sich nicht nur alle demokratischen Parteien anschließen, sondern möglichst viele Organisationen aus der Region und auch die Stadt.

### **Ratsparteien weichen vor rechten Populismus zurück und leisten damit Rassismus und Antisemitismus Vorschub, wenn sie sich nicht klar dagegen stellen!**

Wenn unser demokratischen Gremien nicht mehr bereit sind unsere Demokratie gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung zu verteidigen, warum erwarten diese Gremien dann von den Bürger\*innen, dass sie das ganz alleine tun und dabei die Menschen dabei mit dem angeblichen Argument der „Neutralität“ im Stich lassen. Uns Volkvertreter\*innen werden aber genau dafür gewählt, sich für Menschenrechte einzusetzen und Grundrechte abzusichern. Wer sich beim Thema Rassismus und Antisemitismus für „neutral“ erklärt und deshalb nicht mehr bereit ist unsere Demokratie zu verteidigen, macht sich mitschuldig!

Der Integrationsrat hat als Initiator das neue Bündnis ganz bewusst auf das Grundgesetz und Verfassung ausgerichtet und abgestellt. „Die Werte des Grundgesetzes sind auch unsere Werte, die wir in dieser Gründungsurkunde bekräftigten“ sagte der Vorsitzende bei der Gründungsversammlung des Bündnisses.

Jedes Ratsmitglied und die Mitarbeiter\*innen der Verwaltung wurden auf diese Werte formal verpflichtet. Im Grundgesetz Artikel 3 heißt es: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

### **Wir sind die Zivilgesellschaft und Bürgerschaft**

Die politischen Parteien und auch ihre parlamentarischen Gremien und damit auch der Stadtrat sind elementarer Teil und damit das Rückgrat unserer „Zivilgesellschaft“ und „Bürgerschaft“ und sind davon nicht „kryptisch“ oder einem angeblichen „Neutralitätsgebot“ zu trennen. Niemand sollte schweigen, sondern darf und sollte eine Meinung sagen. Die staatlichen Organe und Parteien haben nach der Verfassung einen klaren Auftrag an der Meinungsbildung mitzuwirken und sind nicht von bürgerschaftlichen

Engagement und der Zivilgesellschaft zu trennen.

Das angebliche Argument, eine Beteiligung der Stadt würde zu einem Bündnis gegen Rassismus und für Demokratie nicht passen ist absoluter Unsinn und schlicht vorgeschoben. Es zeigt leider, wie abgehoben und bürgerfern unsere Volkvertreter\*innen schon sind, wenn sie sich selbst nicht mehr als Teil der Zivilgesellschaft mit bürgerschaftlichen Engagement verpflichtet fühlen.

**Demokratischen Verfassungsauftrag wahrnehmen, statt „Neutralitätsgebot“ vorschieben.**

Der Kampf gegen Rassismus und der Einsatz für Demokratie sind zentraler Verfassungsauftrag des Staatswesen insgesamt. Dieser Kampf kann nur erfolgreich wirksam werden, wenn alle zusammenwirken. So ist auch die Verfassung zu verstehen, die gerade vor den Hintergrund der Erfahrungen mit Faschismus, der Shoa, Diktatur und Krieg entstanden ist.

Tatsächlich Ursache der Absage des Ältestenrats, sich nicht an dem Bündnis zu beteiligen. ist wohl, dass die AfD und „Bergische Mitte“ mit in diesem Ältestenrat der Stadt Bergisch Gladbach sitzen und Druck von rechts gegen das Bündnis gemacht haben. Die Absage zeigt wie stark und tief rechtes Gedankengut, rassistischer Populismus und menschenfeindlicher Rassismus sich schon auf demokratische Politik und offenen Gesellschaft auswirken und auch den Ältestenrat der Stadt beeinflussen.

Wer in dieser Zeit und vor dem Hintergrund aktueller rassistischer und antisemitischer Übergriffe auf ein angebliches „Neutralitätsgebot“ pocht, entpolitisiert demokratische Prozesse, hat nicht verstanden worum es heute geht und schadet dem demokratischen Rechtsstaat nachhaltig.

Wer hier nachgibt, macht Rassismus hoffähig, denn durch die Neutralitätserklärung wird so getan, dass Rassismus etwas „Neutrales“ sei und der Kampf dagegen angeblich gegen ein „Neutralitätsgebot“ verstoßen würde. Unsere Verfassung sagt genau etwas anderes. Wer sich hier „rauszuhalten“ ist nicht „neutral“, lässt die Täter gewähren und wird zum Mittäter. Niemand kann sagen, sie oder er hätten es „nicht gesehen“ und „nicht gewusst“.

Wir hoffen, dass sich alle demokratischen Parteien, viele Organisationen und der Stadtrat dem Bündnis möglichst schnell anschließen werden, um den Bürger\*innen dieser Stadt klarzumachen, dass Demokrat\*innen für eine gemeinsame Sache eintreten und gemeinsam gegen Rassismus angehen und klare Kante gegen Rassismus, gegen Antisemitismus und für demokratische Vielfalt im Sinne der Verfassung zu zeigen.

Mit freundlichen Grüßen,

**Antragsteller für Die Linke - internationale Liste im IR Bergisch Gladbach:**

Hale Bagherzadeh - Mitglied im Integrationsrat GL - Die Linke

Tomás M. Santillan – Sprecher Die Linke Rheinisch-Bergischer Kreis

Mozartstr. 12

51427 Bergisch Gladbach